

## Pressemitteilung

30. Juni 2014

### **Wirtschaftliche Notlage der Krankenhäuser in Niedersachsen wird bestätigt**

#### **Investitionsgelder sind Mangelware**

**(Hannover) Die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) wird durch den aktuellen Krankenhaus Rating Report 2014 des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in ihrer Feststellung bestätigt, dass es den Krankenhäusern wirtschaftlich zunehmend schlechter geht. Bereits im Frühjahr zeigte der NKG-Indikator 2014, dass zwei Drittel der Krankenhäuser in Niedersachsen erhebliche wirtschaftliche Probleme haben und somit in ihrer Existenz bedroht sind. Um auch weiterhin die Menschen in Niedersachsen auf hohem Niveau flächendeckend stationär versorgen zu können, fordert die NKG die vollständige Refinanzierung der Personal- und Sachkosten der Krankenhäuser sowie die Ausstattung mit auskömmlichen Finanzmitteln für Investitionen.**

Der RWI-Report zeigt, dass aufgrund der schlechten Finanzsituation der deutschen Krankenhäuser bis 2020 etwa 13% der Krankenhäuser aus dem Markt ausscheiden werden. Neben der nicht auskömmlichen Finanzierung der medizinischen Leistungen wird auch der Investitionsförderung der Bundesländer vom Institut eine schlechte Note ausgestellt.

Die vom Gesetzgeber vorgesehene Duale Krankenhausfinanzierung - die wirtschaftliche Sicherung - ist demnach gescheitert. Allein bei den Fördermitteln für Investitionen gibt es deutschlandweit ein „Finanzloch“ von etwa 15 Milliarden Euro.

Bezogen auf Niedersachsen sehen die Werte aber noch dramatischer aus. Hier verzeichnen nach dem NKG-Indikator 2014 50,62% der Krankenhäuser einen negativen Jahresabschluss für 2013. Berücksichtigt man zusätzlich die Krankenhäuser, die einen lediglich einen „ausgeglichenen“ Abschluss (rote oder schwarze Null) ausweisen – also keine Rücklagen bilden können – sind 69,76 % der Krankenhäuser in ihrer Existenz bedroht. Kurz gesagt, zwei Drittel der niedersächsischen Krankenhäuser können somit nicht oder nicht ausreichend in ihre Zukunft investieren und sind damit gefährdet.

Deutliche Worte kommen vor dem Hintergrund dieser desolaten Lage von Verbandsdirektor Helge Engelke „Die Landesregierung ist einmal mehr gefordert, den Etat für die Investitionsförderung endlich mit den erforderlichen Geldern auszustatten. Neben der Sozialministerin stehen auch der Finanzminister und der Ministerpräsident in der Verantwortung.“ Allein in Niedersachsen beträgt der Investitionsstau rund 1,5 Milliarden Euro.

Ob und wie sich der Bund über einen Investitionsfonds auch an der Investitionskostenfinanzierung beteilige, ist zwischen Bund und Ländern zu klären. Das Land Niedersachsen hat zumindestens die Notwendigkeit einer gesonderten Anstrengung im Bereich der Investitionen anerkannt, auch wenn die bisher unternommenen Schritte absolut unzureichend sind.

Zusätzlich ist zwingend die Höhe der Landesbasisfallwerte zur Finanzierung der stationären Leistungen anzupassen. Diese wichtige Aufgabe kommt der Bundespolitik zu. Nach der Symptombehandlung in den letzten Jahren und Jahrzehnten, die immer wieder nach vermeintlicher Kassenlage und Opportunität auf die Hilferufe der Krankenhäuser durch das eine oder andere Kurzzeitprogramm reagierte, ist endlich eine ausreichende und verlässliche Basis für die Bezahlung von Krankenhausleistungen zu schaffen. Nur so können Krankenhäuser auch zukünftig eine hochwertige stationäre Versorgung mit qualifizierten und motivierten Mitarbeitern/-innen gewährleisten.

Die Krankenhäuser in Niedersachsen werden ab dem 18. Juli 2014 im Rahmen einer Aktionswoche erneut auf die bedrohliche Lage in der stationären Versorgung aufmerksam machen und um die Solidarität der Bevölkerung für „Ihr Krankenhaus“ bitten. Dazu wird es in zahlreichen Krankenhäusern verschiedene Aktionen und Informationsangebote geben. Auch in mehreren niedersächsischen Innenstädten gehen die Kliniken aktiv mit ihren Forderungen auf die Menschen zu. Am 25. Juli 2014 findet eine zentrale Abschlussveranstaltung der Aktionswoche in Hannover statt.

„Unsere zahlreichen Hilferufe werden zwar mittlerweile gehört, aber wir haben noch keine konkreten Perspektiven aufgezeigt bekommen, wie die Notsituation der Krankenhäuser schnellstmöglich und vor allem nachhaltig bewältigt werden soll“, betont Verbandsdirektor Engelke. Deshalb bleibt es wichtig, „am Ball zu bleiben“ und nicht nur die Politik, sondern auch die Öffentlichkeit auf die anhaltende Misere hinzuweisen. Mit der Aktionswoche soll das Problembewusstsein wachgehalten und die politischen Entscheider an ihre Pflichten erinnert werden.

Die Krankenhäuser im Land Niedersachsen fordern die vollständige Refinanzierung der notwendigen Personal- und Sachkosten und eine auskömmliche Investitionsfinanzierung. Schon kurzfristig kann es sonst schwierig werden, die hochertige stationäre Versorgung durch die Krankenhäuser in Niedersachsen flächendeckend aufrecht zu erhalten.

Weitere Informationen:

- Dr. Gerhard Tepe, Vorsitzender der NKG (0511 / 307 63 0)
- Helge Engelke, Verbandsdirektor der NKG (0511 / 307 63 13)
- Marten Bielefeld, stv. Geschäftsführer der NKG (0511 / 307 63 49)

Die Ergebnisse des NKG-Indikators stehen auf der Internetseite der NKG ([www.nkgev.de](http://www.nkgev.de)) zur Verfügung.

*Die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) ist der Zusammenschluss aller Krankenhäuser in Niedersachsen mit etwa 43.000 Betten. 1,7 Mio. Patienten werden pro Jahr in den niedersächsischen Krankenhäusern umfassend behandelt. Die Einrichtungen sind zugleich einer der bedeutendsten Arbeitgeber Niedersachsens. Über 90.000 Mitarbeiter der verschiedenen Berufe beziehen ihr Einkommen von den in der NKG zusammengeschlossenen Krankenhäusern.*